

# Brief aus Berlin



Brigitte Zypries  
Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 187  
[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)

Ausgabe 08/2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Krise auf den Finanzmärkten beschäftigt zurzeit viele Menschen - und sie wird dies wohl auch in den kommenden Monaten leider noch tun. Auch im Bundestag haben wir in dieser Woche in einer Sondersitzung darüber debattiert. Peer Steinbrück hat noch einmal deutlich gemacht: Die Unterstützung der Hypo Real Estate durch den Bund und die privaten Banken ist wichtig und richtig. Wir müssen eine Insolvenz verhindern. Mit der Zusage der Bundesregierung, dass der Bund für private Spareinlagen eine Garantie übernimmt, werden sicher auch die Sparer etwas beruhigt. Mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Am vergangenen Wochenende hat sich der Koalitionsausschuss darauf verständigt, den Einsatz der Bundeswehr im Innern im Rahmen der Amtshilfe nach Artikel 35 Grundgesetz zu konkretisieren. Die Bundeswehr soll künftig weiter bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen zur Unterstützung der Polizei herangezogen werden können. Zusätzlich soll sie auch noch zur Abwehr besonders schwerer Unglücksfälle militärische Mittel (z.B. Abfangjäger, U-Boote) einsetzen können, wenn polizeiliche Mittel nicht ausreichen. Es bleibt dabei: Die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bundeswehr und Polizei bleiben auch in Zukunft bestehen, es gibt keine Vermischung von innerer und äußerer Sicherheit.

Ein weiteres wichtiges Projekt aus meinem Haus zum verbesserten Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher hat das Kabinett beschlossen: Das Gesetz zur Entschädigung bei Zugverspätungen. Was sich ändert, lesen Sie auf Seite 6.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und grüße Sie herzlich aus dem herbstlichen Berlin.

Ihre

*Brigitte Zypries*

## Inhaltsverzeichnis

Krise auf den Finanzmärkten	2
Wahl in Bayern	4
Familien haben Vorfahrt	5
Mehr Rechte für Fahrgäste	6
Letzte Nachricht	7

## Krise auf den Finanzmärkten

### Neue Verkehrsregeln für die internationalen Finanzmärkte

*„Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als die Finanzmärkte „neu zu zivilisieren“ und darüber vergleichbare Krisen in der Zukunft möglichst zu verhindern.“*

**Bundesfinanzminister Peer Steinbrück,**

**Regierungserklärung zur Lage der Finanzmärkte am 25. September 2008**

In den **letzten Wochen hat sich die Krise auf den internationalen Finanzmärkte weiter verschärft**. Immer mehr Unsicherheiten und Ängste machen sich breit bei den Menschen, nicht nur in unserem Land. Viele fragen sich: Stehen wir vor einem Kollaps des Finanzsystems? Folgt aus der Krise an den Finanzmärkten eine globale Wirtschaftskrise? **Und was heißt das persönlich für mich?** Peer Steinbrück hat in seiner Regierungserklärung Ende September deutlich gemacht: **Bislang hat das internationale Krisenmanagement funktioniert. Es ist nicht zu einem Kollaps des Weltfinanzsystems gekommen.** Und das, obwohl wir in den letzten Tagen an den Finanzmärkten eine weitere Zuspitzung der schlimmsten Bankenkrise seit Jahrzehnten erlebt haben.

Viel **Wirbel hat in den vergangenen Tagen die Situation bei der Hypo Real Estate Bank** in München verursacht. Um ihre drohende Illiquidität abzuwenden, hat sich der Bund in einer Rettungsaktion gemeinsam mit privaten Banken an einer Ausfallbürgschaft beteiligt. Wichtig ist: **Die Übernahme der Bürgschaft ist nicht gleichbedeutend mit einer konkreten Übernahme von Verlusten. Der Bundeshaushalt wird durch die Garantie nicht zusätzlich belastet. Dies ist nur der Fall, wenn die Bürgschaft tatsächlich zur Deckung herangezogen werden muss - was wir nicht hoffen.** Der Schritt erfolgte in enger Abstimmung mit der Bundesbank/Europäischen Zentralbank (EZB), der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und anderen Regierungen in Europa.

Am 5.10. wurde es notwendig, das **Finanzierungspaket für die Hypo Real Estate weiter aufzustocken**. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums werden die Banken der HRE-Gruppe einen weiteren Liquiditätskredit in Höhe von 15 Milliarden Euro gewähren - zusätzlich zu den von Bund und Banken zur Verfügung gestellten Krediten in Höhe von 35 Milliarden Euro. **Aufgrund der weitreichenden volkswirtschaftlichen Verflechtungen der Hypo Real Estate hätten im Falle einer unterlassenen Rettung schwerwiegende Schäden für Wachstum und Arbeitsplätze gedroht. Dies galt es zu verhindern.**

Manchem mag diese Lösung auf den ersten Blick ungerecht erscheinen, weil der Staat einem privaten Unternehmen zur Seite steht - doch **die Alternative wäre noch schlimmer gewesen**: Die Hypo Real Estate bzw. ihre Tochterunternehmen haben Kredite vergeben, die nur teilweise abgesichert waren. Kurz: Sie hat mehr Geld verliehen, als sie hatte. Das ist im Bankgewerbe nichts Ungewöhnliches. Durch die Finanzmarktkrise ist der Markt für die Refinanzierung dieser

Kreditgeschäfte aber eingebrochen, hauptsächlich weil sich die Banken gegenseitig nicht mehr vertrauen und gegenseitig weniger Kredite geben. Das traf auch die Hypo Real Estate. Sie hatte im Grunde kein Insolvenzproblem, sondern ein Liquiditätsproblem, das wir durch die Bürgschaft hoffentlich lösen. **Ohne die Bürgschaft wäre das Unternehmen wahrscheinlich insolvent gegangen - mit schlimmen Folgen für weitere Banken und für die öffentliche Hand. Denn zahlreiche Gläubiger der Hypo Real Estate hätten riesige Verluste erlitten, darunter auch Versorgungswerke, Berufsgenossenschaften, einige Länder und zahlreiche Kommunen.** Hinzugekommen wären erhebliche Steuerausfälle, sodass der Schaden für die öffentliche Hand deutlich größer gewesen wäre als jetzt.



Die aktuelle Krise auf den internationalen Finanzmärkten zeigt, dass wir **klare Regeln und größere Transparenz für die Finanzmärkte brauchen.** In Deutschland und Europa ist schon eine Menge getan worden, um Risiken abzufangen. Deutschland ist als starker Industriestandort weniger abhängig vom Finanzsektor als der angelsächsische Wirtschaftsraum, zudem ist der deutsche Kreditmarkt mit seinem auf drei Säulen ruhenden Universalbankensystem krisenfester. Doch obwohl Deutschland mit seinem Bankensystem gut aufgestellt ist, ist mit Problemen auch für die deutsche Volkswirtschaft zu rechnen. **Peer Steinbrück hat bereits 2007 - zu Beginn der deutschen EU- und G7-Präsidentschaft - seine Transparenzinitiative vorgestellt. Konservative und Liberale in England und den USA haben sich stärkerer Transparenz und Regulierung lange widersetzt.** Angesichts der aktuellen Entwicklungen setzt sich dieser Wunsch aber nun auch verstärkt im angelsächsischen Raum durch.

Am vergangenen Wochenende hat die Bundesregierung **eine Komplettgarantie für private Spareinlagen abgegeben. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat betont: Die Sparer in Deutschland müssen nicht befürchten, einen Euro ihrer Spareinlagen zu verlieren.** Die Garantie umfasst die Girokonten, Sparkonten und Festgelder. Diese über die bisherigen Sicherungssysteme hinausgreifende, komplette Staatsgarantie ist ein wichtiges Signal, damit es zu einer Beruhigung bei den Menschen kommt. Wir wollen Reaktionen, die unverhältnismäßig wären und die uns die derzeitige Krisenbewältigung beziehungsweise Krisenprävention noch schwieriger machen würden, vermeiden (z.B. das großflächige Abheben von Spargeldern).

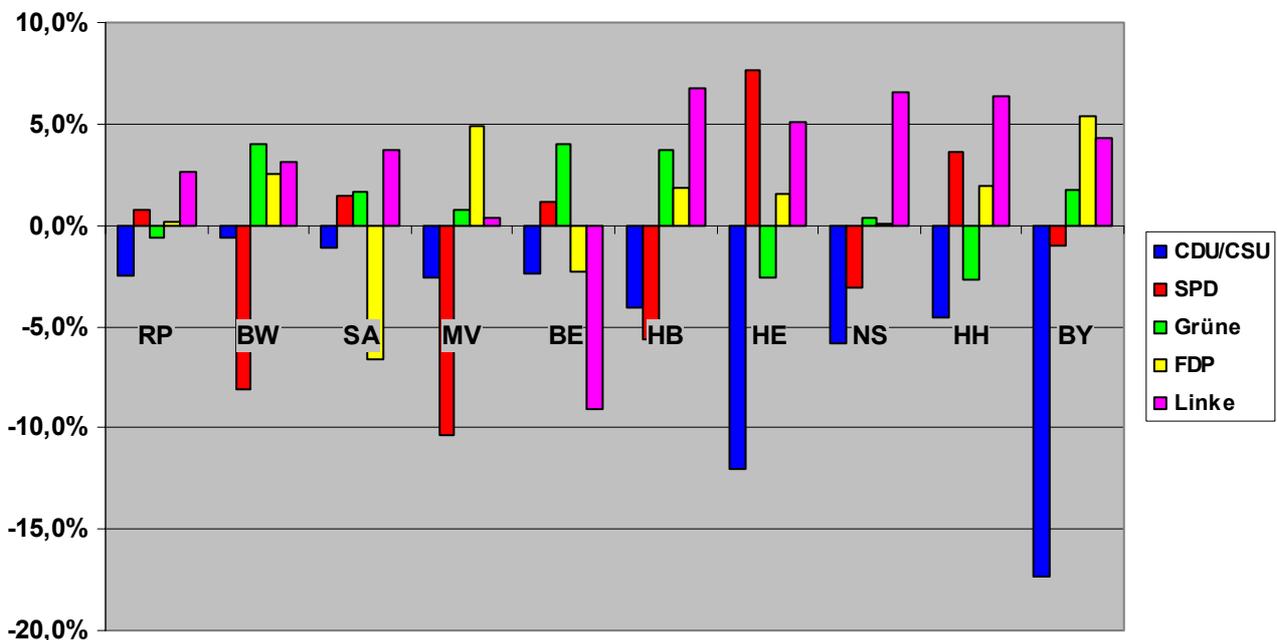
## CSU muss Macht teilen

Herbe Verluste für die Union in Bayern

Mit Verlusten von rund 17 Prozent haben die bayerischen Wählerinnen und Wähler die CSU abgestraft. Dies ist ein **einschneidendes Ergebnis, das die Parteienlandschaft weit über Bayern hinaus prägen wird**. Der SPD-Spitzenkandidat Franz Maget sprach von einem "historischen Tag" in Bayern. Mehr als 17 Prozentpunkte Verlust bedeutet: Bayern ist nicht mehr gleich CSU.

Das ist gut für Bayern und auch gut für Deutschland. Aber enttäuschend ist auch das Ergebnis für die SPD. Zwar konnten wir mit der richtigen Themensetzung im Wahlkampf das Augenmerk auf die vielfältigen Schwächen der CSU legen. **Aber leider ist es uns nicht gelungen, dies auch in Stimmen für uns umzusetzen. Daraus müssen wir Lehren ziehen.**

## Verluste/Gewinne bei Landtagswahlen seit 2005



Die Entwicklungen bei den Landtagswahlen seit 2005 zeigen es: Die Union musste bei allen Wahlen erhebliche Verluste einfahren - darunter auch in Hessen - und der Trend hält an. **Wir als Sozialdemokraten können da eine andere Bilanz vorweisen! Um es mit Franz Müntefering zu sagen: Die Union stellt zwar die Kanzlerin - über die Meinungsführerschaft verfügt sie jedoch nicht.** Damit ist klar: Der Ausgang der Bundestagswahl im kommenden Jahr ist keineswegs entschieden!

## Familien haben Vorfahrt:

### Kinderförderungsgesetz beschlossen - Ergebnisse des Koalitionsausschusses

#### Kinderförderungsgesetz

Im Rahmen des Leitkonzepts „Aufstieg durch Bildung“ ist es uns gelungen, neue Maßstäbe in der Familien- und Bildungspolitik zu setzen: Mit dem „Kinderförderungsgesetz“, das der Bundestag am 26. September 2008 beschlossen hat, entsteht **ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab eins**. Dies ist wirklich ein toller Erfolg! Die Einführung dieses umfassenden Gesetzes kommt einerseits Eltern entgegen, die vor der Herausforderung stehen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, vor allem aber hilft es Kindern und Schülern, langfristig ihre Persönlichkeiten und Fähigkeiten zu entfalten und diese innerhalb ihres Bildungswegs konstruktiv weiterzuentwickeln.

#### Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 5. Oktober

Auf folgende weitere Verbesserungen für Familien hat sich der Koalitionsausschuss geeinigt:

##### *Kindergeld und Kinderfreibetrag*

Der **Kinderfreibetrag wird zum 1.1.2009 um rund 200 Euro auf 6.000 Euro erhöht**. Gleichzeitig wird das **Kindergeld um 10 Euro pro Monat und Kind erhöht**. Ab dem dritten Kind beträgt die Erhöhung 16 Euro.

##### *Schulbedarfspaket für hilfebedürftige Kinder*

Mit unserer Forderung nach direkten Hilfen insbesondere für Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe bekommen, konnten wir uns durchsetzen: Künftig erhalten hilfebedürftige Kinder (nach SGB II/SGB XII) bis zum 10. Schuljahr zu jedem Schuljahresbeginn **ein Schulbedarfspaket von 100 Euro**.

##### *Vorziehen der Wohngeldnovelle*

Mit dem Beschluss, die Novelle des Wohngeldes auf den 1. Oktober 2008 vorzuziehen, ist sichergestellt, dass einkommensschwache Familien **durch den Heizkostenzuschlag bereits für die Heizperiode 2008/2009 von den hohen Energiekosten entlastet** werden. Die Umsetzung erfolgt rückwirkend in Form einer pauschalierten Einmalzahlung, so dass am Ende alle Wohngeldempfänger wirtschaftlich so gestellt werden, als wenn die Novelle bereits zum 1. Oktober in Kraft treten würde.

##### *Haushaltsnahe Dienstleistungen*

Die **steuerliche Förderung privater Haushalte als Arbeitgeber wird ausgeweitet und vereinfacht**, das gilt auch für die Aufwendungen zur Betreuung von Kindern wegen der Erwerbstätigkeit der Eltern. Ausgaben für Beschäftigung im Haushalt und haushaltsnahe Dienstleistungen bei Betreuung und Pflege sind künftig bis max. 20.000 Euro pro Jahr steuerlich begünstigt.

## Mehr Rechte für Fahrgäste

Kabinett verabschiedet Gesetzentwurf  
zu Entschädigungen bei Zugverspätungen

Die **Bahnfahrerinnen und Bahnfahrer in Deutschland sollen - möglichst ab Mai 2009 - verbesserte Rechte erhalten, wenn sie unter Verspätungen im Bahnverkehr leiden müssen.** Jährlich sind Millionen von Fahrgästen in Deutschland von Verspätungen betroffen. Sie sollen künftig die anteilige Erstattung des Fahrpreises erhalten oder die Möglichkeit, auf andere Verkehrsmittel ausweichen zu können. Auch die Verspätung in der sog. Reisekette wird berücksichtigt, also der Fall, dass ein Fahrgast wegen einer Verspätung den ursprünglich vorgesehenen Anschlusszug verpasst.

Bei Unpünktlichkeit oder Ausfall eines Zuges muss das Eisenbahnunternehmen dem Fahrgast künftig eine **Fahrpreischädigung** zahlen: Kommt der Fahrgast 60 Minuten verspätet am Zielort an, sind 25 % des Fahrpreises zu erstatten. Liegt die Verspätung bei 120 Minuten, sind es 50 %. Der Betrag muss dem Fahrgast auf Wunsch bar ausgezahlt werden. Liegt der Betrag unter 4 Euro, muss er nicht erstattet werden (Bagatellgrenze).

Für den **Nahverkehr werden weitergehende Regelungen getroffen**, da dort - bei nur geringer Reisestrecke oder -dauer - eine anteilige Fahrpreiserstattung in der Regel nur wenig attraktiv



ist, weil die Fahrkarten vergleichsweise preiswert sind. Im Vordergrund steht hier vor allem das Erreichen des Ziels. Ist abzusehen, dass der Fahrgast wegen Unpünktlichkeit oder Ausfalls eines Zuges im Nahverkehr wenigstens 20 Minuten verspätet sein Ziel erreicht, kann er einen anderen Zug nutzen, insbesondere auch einen Zug des Fernverkehrs.

Mobilitätseingeschränkte Fahrgäste bekommen ein Recht auf angepassten Zugang und Beförderung in den Zügen. Und **Fahrgastrechte sind auch Informationsrechte**: Alle Kunden müssen über die kürzesten und billigsten Zugverbindungen und deren Anschlüssen sowie über die neuen Fahrgastrechte informiert werden. Eine Schlichtungsstelle ist vorgesehen, die zwischen Kunden und Eisenbahnunternehmen im Streitfall vermittelt.

Mehr Informationen gibt es unter [www.bmj.de/fahrgastrechte](http://www.bmj.de/fahrgastrechte)

## Letzte Nachricht: Ökostrom? Der Bundestag macht's vor!

Seit dem 1. Oktober werden der Deutsche Bundestag und alle Berliner Abgeordnetenbüros durch LichtBlick mit regenerativ erzeugtem Strom versorgt. Der Anbieter erhielt den Zuschlag nach einer europaweiten öffentlichen Ausschreibung. Bislang hatten die Leipziger Stadtwerke Strom aus einem Energiemix geliefert. Da aber die Baukommission im März die komplette Umstellung auf Ökostrom beschloss, kam es zum Anbieterwechsel. **Erwartet wird bis Ende Dezember 2009 eine Einsparung von 8.000 Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids.**

Der Stromverbrauch des Deutschen Bundestages und seiner Liegenschaften liegt bei etwa 40 Millionen Kilowattstunden pro Jahr. Davon werden gut 30 Prozent in hauseigenen Blockheizkraftwerken im Reichstagsgebäude und im Paul-Löbe-Haus sowie durch Photovoltaikanlagen auf den Parlamentsneubauten selbst erzeugt. Der verbleibende Bedarf wird durch LichtBlick gedeckt. Dabei werden **ausschließlich alternative Quellen, wie Wasserkraft sowie Solar- und Windenergie, in Anspruch genommen.**

Mit dieser Auftragsvergabe setzt der Bundestag ein deutliches Signal für Klimaschutz und Erneuerbare Energien. **Weitere Maßnahmen** für den Klimaschutz stehen noch an: Ab Mai 2009 soll eine leistungsstärkere Beleuchtung die Energiekosten weiter senken.

### Ein Wort zum *Brief aus Berlin*

Der *Brief aus Berlin* ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den *Brief aus Berlin* an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB \* Platz der Republik 1 \* 11011 Berlin*